



# In It Together

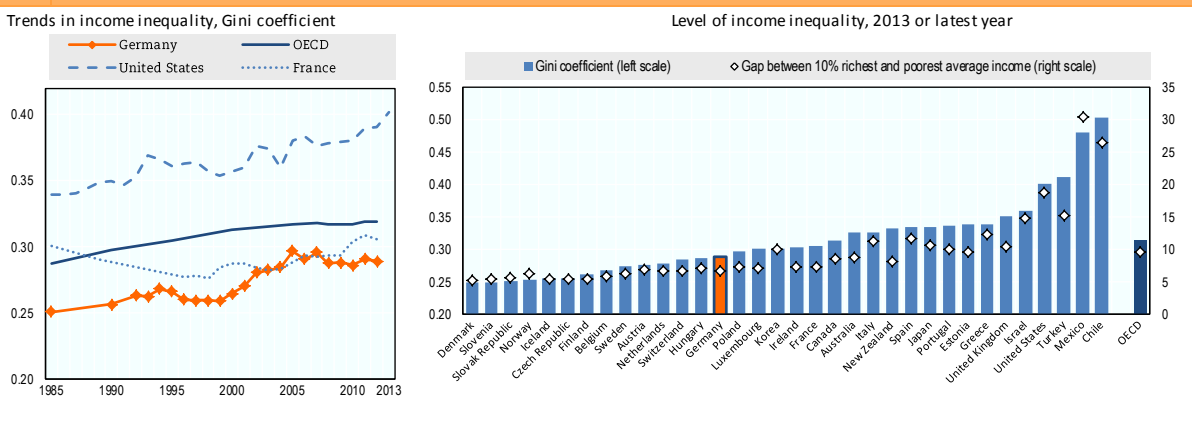
## Why Less Inequality Benefits All

# ...Deutschland

### Worum geht es?

- ▶ **In der ersten Hälfte der 2000er Jahre hat die Einkommensungleichheit in Deutschland stark zugenommen.** Seit 2007 ist die Ungleichheit in den verfügbaren Einkommen stabil (Grafik 1).
- ▶ **Die Einkommen am oberen Ende der Skala wuchsen schneller.** In Deutschland verdienen die obersten 10% der Einkommensbezieher 6,6-mal so viel wie die untersten 10%. In den 1980er Jahren betrug dieses Verhältnis noch 5:1 und in den 1990er Jahren 6:1. Im OECD-Durchschnitt liegt das Verhältnis heute bei 9,6:1.
- ▶ Während der Krisenjahre (2008-2011) stiegen die realen Einkommen im oberen Bereich der Einkommensverteilung leicht an, **die realen Einkommen der untersten 10% blieben gleich.**
- ▶ **Auch die relative Einkommensarmut** – der Anteil der Personen mit weniger als der Hälfte des Medianeinkommens – **blieb mit rund 8,5 Prozent nahezu unverändert.** In Deutschland führt **Erwerbslosigkeit** häufig in die Armut und wiegt in Bezug auf die Ungleichheit insgesamt schwer. Zwar ist der Anteil der erwerbslosen Haushalte in Deutschland deutlich geringer als in anderen OECD-Ländern, die armutsmindernde Wirkung des Steuer- und Transfersystems ist jedoch auch geringer.

Grafik 1. Entwicklung und Ausmaß der Einkommensungleichheit



### Warum ist es für Deutschland wichtig?

Im Jahr 2013 übten nahezu 40% aller Beschäftigten in Deutschland eine atypische Beschäftigung aus: entweder befristet, in Teilzeit oder in Selbstständigkeit. Der zwischen 1995 und 2007 beobachtete Beschäftigungsanstieg von 5% war das Ergebnis eines Anstieges atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die um 13% zunahm (vornehmlich Teilzeitbeschäftigung) und einer Abnahme regulärer Beschäftigungsverhältnisse, die um 8% sanken. Im OECD Durchschnitt stieg die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse um 7% und die der regulären um 10%. In den Krisenjahren

kehrte sich diese Entwicklung in Deutschland um, sodass die regulären Beschäftigungsverhältnisse um 4% und die atypischen um 2% zunahm. Zwischen 2003 und 2013 stieg die Zahl der geringfügig Beschäftigten (Mini-Jobber) von 5,6 Millionen auf 7,7 Millionen.

**Wie in anderen OECD-Ländern verdienen Menschen in atypischer Beschäftigung in Deutschland deutlich weniger als Normalbeschäftigte.** Ein befristet beschäftigter Vollzeit-Arbeitnehmer erhält durchschnittlich 56% des jährlichen Arbeitseinkommens eines regulär Beschäftigten

(Grafik 2). Diese Einkommenslücke ist in Deutschland größer als in allen anderen OECD-Ländern außer Österreich. In beiden Ländern ist dafür die Wahrscheinlichkeit größer, von einem zeitlich befristeten Arbeitsverhältnis in ein reguläres übernommen zu werden.

58% aller atypisch Beschäftigten in Deutschland sind **Zweitverdiener**, leben also in einem Haushalt zusammen mit einer normalbeschäftigten Person. Der OECD-Durchschnitt beträgt 51%. Somit ist die Wahrscheinlichkeit, in einem von Armut bedrohten Haushalt zu leben, in Deutschland etwas geringer als in anderen Ländern.

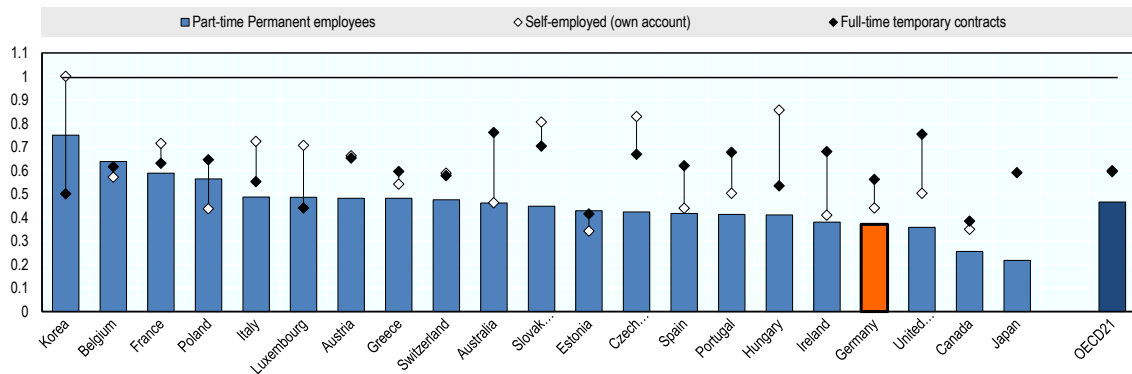
**Die Beschäftigungsunterschiede zwischen Männern und Frauen bleiben in Deutschland weiterhin groß, vor allem im Hinblick auf Vollzeitbeschäftigung.** Betrachtet man Vollzeitäquivalente, dann reduziert sich die Beschäftigungsquote von Frauen von 70% (OECD-Durchschnitt: 62%) auf 52% und liegt damit im OECD-Durchschnitt.

**In Deutschland ist die Vermögensungleichheit weitaus stärker ausgeprägt als in vielen anderen OECD-Ländern.** Die obersten 10% der Vermögenden besitzen nahezu 60% des gesamten Nettohaushaltsvermögens. Dieser Wert liegt deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 50%. Zudem besitzen Personen mit niedriger formaler Bildung 60% weniger als Personen mit mittlerem Abschluss (Abitur und/oder Berufsausbildung). Hochqualifizierte (Fach-/Hochschule, Meister) besitzen 120% mehr. Nur in den USA sind diese Unterschiede noch größer.

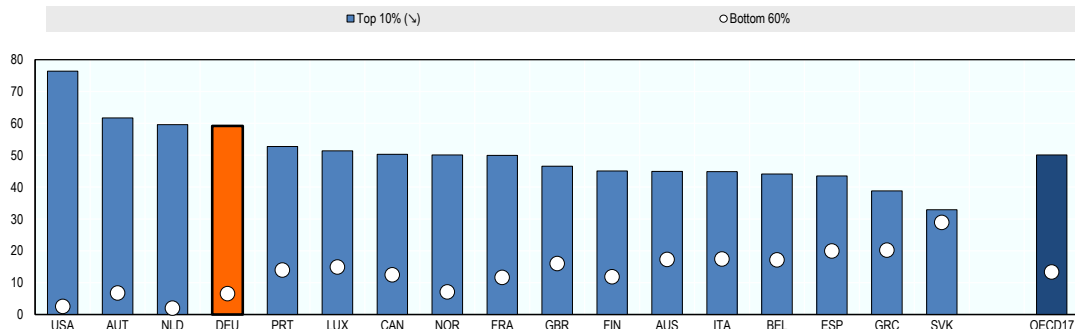
In Deutschland halten die unteren 60% der Bevölkerung lediglich 6% des gesamten Nettohaushaltsvermögens (Grafik 3). **Darüber hinaus ist die Zahl der überschuldeten Haushalte groß.** Im Vergleich zu anderen Ländern betrifft das insbesondere Haushalte von 45 bis 65-Jährigen mit mittlerer Bildung.



Grafik 2. Verhältnis des jährlichen Medianarbeitseinkommens von regulär und atypisch Beschäftigten (regulär Beschäftigte = 1), im Jahr 2012 [siehe Grafik 4.10.A]



Grafik 3. Vermögensanteile der oberen Perzentile an der gesamten Nettovermögensverteilung, 2010 oder aktuellstes Jahr [siehe Grafik 6.7]



## Was können Politiker tun?

Um die Ungleichheit zu mindern und Chancen für alle zu fördern, sollten Länder umfassende Maßnahmenpakete schnüren und dabei vier Schwerpunkte berücksichtigen: Förderung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen mit Fokus auf Vollzeitbeschäftigung (bspw. Übergang von Minijobs zu Vollzeitbeschäftigung); Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsplatzqualität; Stärkung von qualitativ hochwertiger Aus- und Weiterbildung

(lebenslanges Lernen); und Verbesserung bestehender Steuer-Transfer-Systeme mit dem Ziel einer effizienteren Umverteilung. In Deutschland wäre es sinnvoll:

- ▶ den Zugang von Frauen in Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern, etwa durch den weiteren Ausbau von ganztägiger Betreuung für Kleinkinder sowie einer Reform des Ehegattensplittings.
- ▶ mehr Unterricht in Ganztagschulen anzubieten und die Qualität frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote zu verbessern, z.B. durch mehr und höher qualifiziertes Personal in Betreuungseinrichtungen und leichteren Zugang für Kinder aus sozial schwachen Familien.
- ▶ benachteiligte Jugendliche darin zu unterstützen, einen mittleren Bildungsabschluss, speziell eine gute Berufsausbildung, zu erreichen.
- ▶ die starke Gliederung des Schulsystems zu reduzieren und mehr Mittel für Schulen mit einem relativ hohen Anteil an Schülern mit niedrigem sozio-ökonomischen Hintergrund bereitzustellen.
- ▶ die Sozialversicherung von Menschen in Minijobs und ähnlichem zu verbessern.
- ▶ die Steuerbemessungsgrundlage grundsätzlich zu erweitern und verschiedene Formen der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung anzugleichen, bspw. durch eine neuerliche Bewertung von Immobilieneigentum oder durch die Abschaffung von Ausnahmeregelungen bei der Kapitalbesteuerung.
- ▶ die Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener in Vollzeittätigkeiten zu senken.